

Außenpolitik zwischen Krieg und Frieden

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2003
- MUSICA PRO PACE 2003
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

USA heute – Selbstverständnis und Politik

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 10. April 2003

<i>Prof. Dr. Norman Birnbaum</i>	Georgetown University, Washington D.C.
<i>Prof. Dr. Brigitte Young</i>	Westfälische Wilhelms-Universität Münster
<i>Prof. Dr. György Széll</i>	Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

György Széll: Für die *Osnabrücker Friedensgespräche* ist die heutige Podiumsveranstaltung angesichts der vom Krieg im Irak gekennzeichneten weltpolitischen Lage ein wichtiges Ereignis. Wir beschäftigen uns bereits länger mit den USA und dem Verhältnis Europas zum ›großen Bruder‹ im Hinblick auf Friedenspolitik und Globalisierungsfragen. So sollte in diesem Jahr ursprünglich eine Veranstaltung der Frage der Todesstrafe in den USA gewidmet werden. Beim Abschluss des Westfälischen Friedens im Jahr 1648 war es eine große europäische Nation, die den Vertrag nicht unterzeichnete, nämlich das Vereinigte Königreich. Dessen damalige Kolonie in Nordamerika war natürlich erst recht nicht in der Lage, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Bereits damals konnte man vermuten, dass in Amerika gegenüber Europa Differenzen bestehen hinsichtlich des Friedens und wie er sicherzustellen sei, obwohl doch der Westfälische Friede später gewissermaßen als Modell für die Vereinten Nationen diene.

Vier Fragen haben wir unseren Referenten gestellt, die sie sicher als Denk- und Diskussionsanstoß aufgreifen werden:

- Inwieweit prägt die Geschichte der USA – vor allem ihre Kriege – deren Selbstverständnis und Politik?
- Welche Rolle spielen bei der Prägung dieses Selbstverständnisses die Industrie, der enorme Ressourcenverbrauch, die *global players*, der ›Militärisch-Industrielle Komplex‹, aber auch ein ›Medien-Industrieller‹ Komplex?
- Welche Bedeutung haben Ideologien, speziell religiöse, in diesem Kontext?
- Und welche Alternativen gibt es zum *mainstream* und welche transatlantischen sowie globalen Kooperationsmöglichkeiten bestehen für eine menschliche Globalisierung?

Norman Birnbaum: Ich will versuchen, einige Wurzeln unserer heutigen Außenpolitik zu skizzieren, ohne auf die Einzelheiten der Tagespolitik einzugehen. Man muss zunächst bedenken, dass wir in den USA eine weitgehend *entpolitisierte*

Gesellschaft sind. Das heißt, unsere *politischen Parteien* sind nicht Mitgliederorganisationen, sondern eher Spitzenorganisationen verschiedener Lobby- und Interessengruppen. Das führt dazu, dass etwa 50% der Amerikaner der Auffassung sind, das Wählen würde sich für sie nicht lohnen. Bei der Wahl *John F. Kennedys*, 1960, lag die Wahlbeteiligung noch bei 60%. An den letzten Kongresswahlen 2002 beteiligten sich nur 40% der Wahlberechtigten, und wenn es einmal irgendwo mehr als 50% sind, sind wir gleich verlockt, an den Anbruch eines neuen politischen Zeitalters zu glauben.

Diese Entpolitisierung hat tiefere Wurzeln: Die Leute zollen vielfach dem politischen Prozess auf nationaler Ebene keine Aufmerksamkeit mehr, sie haben sich davon verabschiedet. Und auch bezüglich der Außenpolitik fehlt es an kritischen intellektuellen Stimmen. Manche Leute haben einen gewissen Zynismus gegenüber unseren politischen und wirtschaftlichen Eliten entwickelt, wie Meinungsumfragen feststellten, aber das führt bloß zu weiterer Privatisierung, anstatt zu mehr Bürgersinn und politischer Anteilnahme.

Außerdem sind wir eine Gesellschaft, in der eine Mehrheit der Bevölkerung sich einer *religiösen* Gemeinschaft zurechnet. Bis zu 60% der US-Bürger behaupten, jeden Sonntag zur Kirche zu gehen. Vielleicht sind es tatsächlich nur 35-40%, jedenfalls aber dreimal mehr als in Europa. Es gibt eine sehr bunte Mischung der Religionen und Konfessionen. Etwa 25% der US-Bürger sind bekennende Katholiken, etwa 73% Protestanten. Diese wiederum sind untereinander sehr uneinig und hängen verschiedenen Bekenntnissen an, darunter sehr fundamentalistischen. Etwa 1,5% der Einwohner sind jüdischen Glaubens, wobei die Hälfte sich nicht den Synagogen-Gemeinden angeschlossen hat. Schließlich gibt es aufgrund von Einwanderungen aus Asien etwa 1% Buddhisten, Hindus und Moslems bei uns. Die meisten arabischen Amerikaner bekennen sich dagegen zum maronitischen Christentum.

Aus unseren zahlreichen, lang gewachsenen religiösen Traditionslinien ist ein gemeinsames nationales Sendungsbewusstsein entstanden, ein Konzept von »Nation« als religiöse Gemeinschaft über alle konfessionelle Differenzen hinweg. Dies Verständnis wiederum ist polyvalent, es kann in sehr verschiedene Richtungen ausdifferenziert sein und ausgelegt werden. Auf der einen Seite steht der unbesiegbare Glaube an die Richtigkeit der amerikanischen Sache, auf der anderen die Solidaritätsverpflichtungen gegenüber anderen Völkern und Gesellschaften, auch gegenüber den Armen und Ausgebeuteten unserer eigenen Gesellschaft. Man kann nur sagen, dass die Religion eine Konstante unserer Politik und Geschichte ist, die sehr verschiedene Konsequenzen und gesellschaftspolitische Ergebnisse nach sich gezogen hat und weiterhin bewirken wird.

Wichtig ist ferner, dass unser Gefühl von nationaler Solidarität sehr zweideutig ist. Einige Soziologen haben dafür den Begriff *Pseudo-Gemeinschaft* geprägt, denn in einer Gesellschaft gibt es große Klassen- und Traditionsunterschiede sowie regionale Differenzen: Der Süden ist auch 140 Jahre nach dem Bürgerkrieg ein

anderes Land geblieben. Aber es gibt auch ein starkes Bedürfnis, diese Differenzen zu überbrücken, und sei es nur künstlich. Das ist einer der Gründe, weshalb unser Präsident nicht nur Staats- und Regierungschef, sondern auch manchmal eine Art ›Hohepriester‹ sein will oder zumindest so redet, was auch Folgen für die Außenpolitik hat.

Die USA sind unter anderem eine Klassengesellschaft: Die Behauptung, dass sich uns mehr soziale Mobilität oder Aufstiegsmöglichkeiten bieten würden, ist



Norman Birnbaum

schlichtweg falsch. Wahrscheinlich trifft dies eher auf einige westeuropäische Gesellschaften zu. Seit 20, 30 Jahren kann man beobachten, wie diese Klassenunterschiede in wirtschaftlicher Hinsicht noch größer geworden sind, trotz der Technologie-Hochkonjunktur unter Präsident *Bill Clinton*. Unter solchen Umständen ist Politik zu einer Art Geschäft geworden: Man kann insbesondere im Hinblick auf die Außenpolitik mit *Max Weber*

sagen, dass bei uns manche Leute *von* und nicht *für* Politik leben. Eine der jüngsten großen Enttäuschungen ist, dass wir zwar eine außenpolitische Elite haben, dass diese aber bemerkenswert wenig kritische Unabhängigkeit zeigt, mit der ehrenvollen Ausnahme von Präsident *Jimmy Carter* und seinem früheren Sicherheitsberater *Zbigniew Brzezinski*. Die meisten der Leute Clintons schweigen oder unterstützen Präsident Bush – dies nur als Momentaufnahme unserer heutigen Gesellschaft.

Wir sind eine Republik. – Sind wir auch ein Weltreich? Ich würde sagen, wir waren immer eine imperiale Republik: Die Eroberung unseres Kontinents hat früh begonnen. Man denke an die Eroberung von ehemals mexikanischen Territorien, an die lang andauernde Drohung an die Briten, Kanada zu erobern, oder an den Krieg mit Spanien von 1898, in dessen Verlauf die Philippinen und Kuba erobert wurden.

Man redet jetzt viel vom ›Unilateralismus‹ und vom Drang nach Interventionen, aber dieser ist nicht neu. Die Mitgliedschaft im Völkerbund, so glaubte man früher vielfach, würde den USA die historische und imperiale Handlungsfreiheit nehmen. Aus dem gleichen Grund sprechen sich gegenwärtig viele gegen manche internationale Verträge oder Institutionen wie das *Kioto-Protokoll* oder den Internationalen Strafgerichtshof aus. Die UNO mit kaum verhohlener Verachtung und Zynismus zu betrachten, ist unter US-Amerikanern weit verbreitet.

Gibt es Alternativen? Ja, es gibt eine andere Tradition. Vielleicht sind wir Kritiker jetzt gerade der *mainstream*. Ich erinnere nur an den vielzitierten Präsidenten

Wilson und dessen *14 Punkte*, an Präsident *Roosevelt*, den großen sozialen Demokraten, und seine Politik der ›Vier Freiheiten‹ und des *New Deal*. Das politische Selbstverständnis der USA nach dem Zweiten Weltkrieg und während der Zeit des Kalten Krieges war das eines *warfare-welfare state*, das hieß, eine starke Verteidigungspolitik nach außen zu haben und nach innen soziale Integrationsanstrengungen durch den Ausbau des Sozialstaats zu unternehmen. Diese Synthese endete mehr oder weniger zeitgleich mit dem Vietnamkrieg, der zunehmenden innenpolitischen Widerstand hervorgerufen hatte. Dies markierte auch das vorläufige Ende der Expansion der US-Wirtschaft in den 70er Jahren.

Seit etwa 1989 folgte die Außenpolitik der USA keiner einheitlichen Linie mehr. Während der Amtszeit des älteren Präsidenten *Bush* entstand ein republikanischer Multilateralismus, insbesondere was die Deutsche Einheit betraf. Dies setzte sich unter der Regierung *Clinton* mit einem demokratischen Akzent fort, der weniger auf Gehorsam drängte, als vielmehr die gemeinsamen Interessen betonte.

Heute ist viel von ›Antiamerikanismus‹ in Europa die Rede. Glaubt man bestimmten Zeitungen in den USA oder hört auf manche Kongressabgeordnete, so könnte man meinen, dass wir uns im Krieg mit Europa befinden.

Dabei wird bei uns übersehen, was sich in Europa wirklich ereignet: die Bildung einer starken ›amerikanischen Partei‹, deren Mitglieder aus unterschiedlichen ideologischen und wirtschaftlichen Feldern kommen. Es war doch bemerkenswert, dass Regierungsvertreter aus Spanien, England, Portugal, Italien und Polen eine gemeinsame Erklärung zur Situation im Irak unterzeichneten, deren Entwurf in den USA verfasst worden war. Allerdings gibt es auch andere Europäer, die – gerade als Freunde der USA – gegen den Irak-Krieg opponieren.

Gibt es nun in den USA so etwas wie eine ›europäische Partei‹? Nein! Aber es gibt eine Gruppe von Leuten, die sich um eine internationale Zusammenarbeit bemühen. Viele dieser Leute haben einen kirchlichen Hintergrund. Sie sprechen sich klar gegen den Unilateralismus der Bush-Regierung aus. Ein großer Teil der jüdischen Mitbürger ist ebenfalls gegen den Krieg, auch wenn die jüdischen Organisationen abseits stehen. Und schließlich sind es Leute, die in der Umweltbewegung engagiert sind und andere intellektuelle Köpfe, die gemeinsam eine amerikanische Friedensbewegung oder -partei ausmachen, die allerdings bisher im politischen Prozess nicht besonders stark vertreten ist. Das gilt im Übrigen auch für die Gewerkschaften. Die Demokratische Partei ist, abgesehen von ein paar freimütigen Stimmen, kaum zu hören. Nur wenige politische Mandatsträger, darunter die Senatoren *Edward Kennedy* und *Robert Byrd*, sagen offen ihre Meinung. Diese gehen aber in einer Welle von Hyperpatriotismus und Chauvinismus in den Medien unter.

Ich glaube aber, dass es für Europa Möglichkeiten gibt, die amerikanische Politik direkt und indirekt zu beeinflussen und dieser Friedenspartei zu helfen. Das hat Ihr Bundeskanzler richtig erfasst, als er sagte, es gäbe ›zu wenig‹ Europa und nicht etwa ›zu viel‹ Amerika. Eine erfolgreiche Europäische Union, die mit Moskau eng

zusammenarbeitet; ein erfolgreiches europäisches Sozialmodell, in dem die Gesellschaften nicht nur als Märkte definiert sind; eine unabhängige europäische Außen- und auch Militärpolitik sowie die Fähigkeit europäischer Politiker, »Nein« zu sagen – all diese Dinge werden uns in den USA bei unseren bisher noch wenig erfolgreichen »pädagogischen« Bemühungen helfen, dem amerikanischen Volk ein anderes Verständnis für die historische Verantwortung der USA zu vermitteln.

Ich möchte in diesem Zusammenhang *Erich Maria Remarque* zitieren, den großen Sohn dieser Stadt. Im August 1918 notierte er in seinem Tagebuch: »... der Patriotismus, mit dem ihr die Zeitungen füllt, [ist] ein Zeichen von Herdensinn, und kein Zeichen freien Geistes.« Diese Linie von Remarque, *Tucholsky*, *Mann* bis hin zu *Günter Grass* haben wir in Amerika einmal als das »andere« Deutschland angesehen. Nun erkennen wir zu unserer großen Freude, dass es nicht mehr das »andere« Deutschland ist, sondern Deutschland. Das ist für uns eine große Freude.

Brigitte Young: Ich möchte gleich zu Beginn davor warnen, die derzeitige US-amerikanische Politik auf die Person von George Bush und seine Regierungsmitglieder zu reduzieren, wie dies jetzt in den Medien und bei Friedensdemonstrationen geschieht. Diese *Personalisierung der Politik* ist wenig hilfreich bei der Untersuchung der derzeitigen US-amerikanischen Hegemonialpolitik. George Bush und seine »Falken« als »Bösewichte« zu karikieren, die sich und Amerika für auserwählt halten, um im Rahmen einer globalen Mission die Freiheit und auch die Demokratie weltweit zu erzwingen, erklärt nicht die breite Zustimmung für das »Modell USA« bei der US-



Brigitte Young

amerikanischen Bevölkerung, bei vielen Intellektuellen und auch großen Teilen der Demokratischen Partei. Amerikaner fast aller politischen Couleur neigen dazu, ihre eigene Interessen mit denen der restlichen Welt gleichzusetzen. Das hat auch mit der von Norman Birnbaum angeführten *Depolitisierung* der US-Gesellschaft zu tun. Mit der Reduzierung der gegenwärtigen US-Politik auf die Person des George Bush laufen wir in Europa aber Gefahr zu verkennen, dass der derzeitige messianische Fundamentalismus in der amerikanischen Geschichte keine Neuer-scheinung ist. Wenn wir an die *Red Scare*, die »rote Bedrohung« nach der russischen Revolution von 1917, und an die Kommunistenjagd in den 50er Jahren denken, so erkennen wir Muster für die auch nach dem 11. September 2001 für die Amerikaner wieder evidente Verbindung zwischen äußerer und innerer Bedrohung, auf die man dort sehr empfindlich reagiert.

Die Reaktionen auf diese angeblichen Bedrohungen sind immer unverhältnismäßig. Sie lenken ab von den Hauptproblemen, wie etwa derzeit den Ursachen des Terrorismus, und sie helfen nicht weiter.

Um den Zusammenhang insbesondere zwischen neoliberaler Globalisierung und der US-amerikanischen Hegemonialpolitik und Militarisierung zu erklären, möchte ich kurz auf die ökonomischen Aspekte eingehen. Die *Enquetekommission* des Deutschen Bundestages, der ich als Sachverständige angehörte, unterschied in ihrer Untersuchung der Globalisierung der Weltwirtschaft zwischen einem anglo-amerikanischen Wirtschaftsmodell und dem ›rheinischen‹ Modell, das mit dem ›alten‹ Europa verbunden wird.

Die neue, aus der Krise der 1970er Jahre hervorgegangene ›neoliberale‹ Wirtschaftsordnung hat sowohl *innerhalb* der USA zu mehr Armut, Verelendung und Ungerechtigkeit geführt als auch in weiten Teilen der südlichen Hemisphäre. Diese Wirtschaftsordnung wird nun von den US innen- und außenpolitisch mit Gewalt verteidigt.

Was die Globalisierung für die USA bedeutet, erhellt eine Rückschau auf die 1970er Jahre: Dort prägten Untergangsszenarien die Vergleiche mit dem prosperierenden Japan und mit Europa. Die *American Malaise* war damals in aller Munde. Sie begann mit der Niederlage im Vietnamkrieg, die mehr als nur eine militärische Niederlage war. Die Inflationsrate stieg, und zum ersten Mal überhaupt seit 1871 wurde ein Handelsdefizit verzeichnet. Als nächstes führten dann die Preiserhöhungen der OPEC-Länder von 1973 und 1979 in die Ölkrise. Schließlich geriet auch noch die Leistungsbilanz negativ, was zum Kursverfall des US-Dollars führte und in einen neuen Zustand der *American Malaise* überging: in die ›Stagflation‹, bei der eine hohe Inflationsrate das stagnierende Wachstum begleitet.

Demgegenüber erscheint das Wirtschaftsmodell eines staatlich gesteuerten *Keynesianismus*, wie von der japanischen und der europäischen Wirtschaftspolitik befolgt, als großes Vorbild. Aber zu der von den USA erlittenen militärischen und ökonomischen Niederlage dieser Jahre kam auch noch eine politische: 1979 wurden 70 US-Amerikaner im Irak als Geiseln genommen. 444 Tage lang wurde die erlittene Demütigung und Ohnmacht der Amerikaner angesichts dessen in den Medien vorgeführt. All diese Probleme haben die USA Ende der 70er Jahre psychologisch in eine nationale Krise gestürzt. Diese Krise scheint mir auch noch für die derzeitige Arroganz der US-amerikanischen Machtausübung eine wichtige Rolle zu spielen. Wir haben bisher die Bedeutung dieser Krisen für die USA zu wenig erforscht.

US-Präsident *Ronald Reagan* und die britische Premierministerin *Margaret Thatcher* vertraten dann in den 80er Jahren eine radikale Ideologie des Freien Marktes. Die Roosevelt'sche Politik eines *New Deal* geriet während der Reagan-Zeit stark in Misskredit, und die keynesianische Wirtschaftsordnung, die die Sozialstaaten mit den Gewerkschaften verbunden hatte, wurde zum Sündenbock für ökonomische und politische Probleme gemacht.

Präsident Reagan legte einen radikalen Plan für eine neue Wirtschaftsordnung vor, und – das ist interessant – auch die amerikanischen Eliten haben diesen Plan mitgetragen. Dessen Ziel war es, die Stellung der Gewerkschaften zu schwächen, die Staatstätigkeit zurückzufahren, die Wirtschaft zu deregulieren und die Arbeitsmärkte durch das Eintreten von Lohnkürzungen zu flexibilisieren. Armut sollte als individuelle Charakterschwäche aufgefasst werden, der die Betroffenen eigenverantwortlich zu begegnen hätten, anstatt staatliche Hilfen zu beanspruchen. Während Reagan die Befugnisse der US-Bundesstaaten stärkte und sich so das politische Kräfteverhältnis vom Nordosten der USA in den Südwesten verschob, wuchs die Bedeutung des dort vorhandenen religiösen Fundamentalismus, und dieser wird jetzt in internationale Krisen hineingetragen.

Dieser ökonomische und politische Systemwechsel war zunächst eine innenpolitische Angelegenheit. Die Durchsetzung dieses US-amerikanischen Modells wurde erst durch den Zusammenbruch der Sowjetunion möglich. Erstmals seit 1917 gab es keine Systemkonkurrenz mehr, und die USA konnten global agieren, ohne eine Weltkriegsdrohung seitens der UdSSR befürchten zu müssen. Die zweite Bedingung für den wirtschaftlichen und politischen Systemwechsel war die beschleunigte Entwicklung der digitalen Technologie und Kommunikationsentwicklung. Auch ohne diese Entwicklung hätte sich die US-amerikanische Vision einer globalen, entfesselten Weltmacht als zugleich politisches Projekt nicht verwirklichen lassen.

Globalisierung in der amerikanischen Variante ist ein politisches Projekt, das den Weltmarkt als Disziplinierungsinstrument einsetzt. Diese neoliberale Politik verfolgte vor George Bush und seinen ›Falken‹ auch bereits *Bill Clinton*, der – vielleicht eher mit einem charmanten Lächeln – seinerseits in der neoliberalen Traditionslinie Reagans stand, als er mithilfe des *North American Free Trade Agreement* die Öffnung der Märkte von Kanada bis Mexiko betrieb.

Dieser Sieg des *American way of life* und die Globalisierung als Triumph der US-amerikanischen liberalen Demokratie können einerseits als außenpolitischer Sieg über das sowjetische Regime verstanden werden, und andererseits als ein innenpolitischer Sieg gegen die *American Malaise* der 1970er Jahre. Dieser Siegeszug aber scheint in den USA wie auch weltweit Probleme bereitet zu haben, die nur mit außenpolitischen Militäraktionen und innenpolitisch mit immer mehr Strafanstalten und Wegsperrungen von Menschen zu bewältigen sind, die sich diesem *way of life* verweigern.

In ihrem Buch *Geteilter Wohlstand* (2002) legen die Autoren *Bluestone* und *Harrison* dar, dass der gesamte Anstieg des *Dow Jones*-Aktienindex in den 1990er Jahren zu keiner Verbreiterung der Vermögensverteilung geführt hat. Im Gegenteil: Für die Mehrzahl der Amerikaner hat die Prosperität der 90er Jahre potentiell düstere Folgen. Nach dem Zerplatzen dieser Spekulationsblase an den Aktienmärkten, dem Zusammenbruch vieler börsennotierter Konzerne und Banken und den – z.T. durch kriminelle Buchführung – eingetretenen Vermögensschäden in Milliar-

denhöhe sanken die US-Geschäftsergebnisse und das Investitionswachstum zwischen Mitte 2000 und 2001 schneller als zu irgendeiner anderen Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Viele der Pensionskassen der Firmen wurden geplündert, öffentliche Schulen und die gesamte Infrastruktur befinden sich in einem katastrophalen Zustand. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich haben enorm zugenommen. Ironischerweise ist der Bereich von Justiz und Strafvollzug zu einer der größten Wachstumsindustrien geworden. In der letzten Dekade wurden in den USA mehr Gefängnisse errichtet und mehr Personen inhaftiert als jemals zuvor, darunter insbesondere schwarze junge Männer.

Im Jahr 2002 brach dann auch das US-Handels- und Leistungsbilanzdefizit alle Rekorde. Nun ist das Haushaltsdefizit, das unter Clinton reduziert und sogar in einen Überschuss verwandelt worden war, auf 4% des Bruttoinlandsproduktes gestiegen. Wären die USA EU-Mitglied, würde Präsident Bush einen ›Blauen Brief‹ aus Brüssel bekommen.

Zur Ankurbelung der Konjunktur reagierte man mit Steuersenkungen, von denen vor allem die oberen 10% der Gesellschaft profitieren. Die zweite Stütze des Wirtschaftsprogramms ist die massive Anhebung der Militärausgaben. Bush Junior ist somit ganz bei der Reagan-Politik angekommen: Steuersenkungen für die Reichen, Absenkung der Sozialleistungen und Erhöhung der Militärausgaben. Diese Wirtschaftspolitik führte schon einmal in die Sackgasse und wird jetzt unter dem Decknamen von Demokratie und Freiheit der Märkte wieder popagiert. *Joseph Stiglitz*, ehemaliger Chefökonom der Weltbank, meinte kürzlich:

»Wir haben uns und der Welt unsere Erfolge mit einer Reihe von Mythen erklärt. Einer dieser Mythen ist zu entzaubern: dass die Globalisierung nach amerikanischem Muster auf den hehren Prinzipien von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit basiere und zwangsläufig zu weltweitem Wohlstand führe.«

Weiter gibt er zu bedenken, dass die jüngsten Proteste der Globalisierungsgegner – etwa in Seattle oder in Mailand – gegen die Akteure der Weltwirtschaft ein Schock für die meisten Amerikaner waren:

»Ihnen dämmert es, dass die Globalisierung, wie wir sie propagieren, äußerst unbeliebt ist, wie übrigens auch die USA selber. Warum, so fragen sie, empfinden Länder, denen wir wirtschaftlich unter die Arme greifen, eine solche Abneigung gegen uns und unsere Politik?«

Saskia Sassen, die amerikanische Soziologin und Globalisierungs-Expertin, bringt es auf den Punkt, wenn sie sagt, dass die Bush-Regierung und große Teile der US-Bevölkerung überhaupt keinen Zusammenhang zwischen der sozialen und wirtschaftlichen Verelendung der südlichen Hemisphäre und den Anschlägen vom 11.

September 2001 sehen. Dass Armut und Ungleichheit stetig anwachsen und die Verschuldung der Staaten zunimmt, die daraufhin immer weniger Mittel auch für Entwicklungshilfe zur Verfügung haben, schaffe Bedingungen, unter denen Wut und Hoffnungslosigkeit gedeihen. Dass es gerade der *American way of life* sein könnte, der auf der Südhalbkugel zu mehr Hunger und Verelendung führt, dieser Gedanke, so Saskia Sassen, komme innerhalb des politischen Diskurses nicht einmal als entfernte Möglichkeit vor.

Der neuerliche Krieg gegen den Irak oder mögliche weitere Kriege gegen andere ›Schurkenstaaten‹ werden die Lage nur weiter verschärfen. Eine Bekämpfung des Terrorismus kann nur Erfolg haben, wenn wir die großen Zusammenhänge der weltweiten Ungerechtigkeit erkennen und verstehen. Die wichtigste Aufgabe im Bezug auf den Irak ist nicht dessen ›Demokratisierung‹, sondern der Aufbau einer wirtschaftlichen Grundlage, die eine dauerhafte Sicherung des politischen Lebens garantiert. Diese Aufgabe ist nicht mit Hilfe einer überlegenen Waffentechnologie zu erfüllen. Hier verfügt das ›alte‹ Europa mit den ›weichen‹ Faktoren seiner Außenpolitik wie Vertrauensbildung und traditionelle Bindungen sowie seinen Werten wie soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Geltung des Völkerrechts gegenüber den USA und ihren ›harten‹ Faktoren wie politische Macht und Fähigkeit zum Einsatz militärischer Gewalt über wichtige Ressourcen zur Konfliktbewältigung – nicht nur im Irak, sondern auch in anderen Krisenzonen. Gerade diese ›weichen‹ Faktoren sind die Stärken der Europäer.

Die USA sehen daher die EU – der sie sich zwar einerseits verbunden wissen – andererseits auch als gewichtigen Rivalen an. Der militärische Angriff auf den Irak ist somit auch ein Zeichen gegenüber den Europäern für die fortbestehende Konkurrenz zwischen den Werten und gesellschaftlichen Modellen Europas und denen der USA. Gerade hier könnte die EU wichtige Akzente setzen, indem sie der neoliberalen Variante der Globalisierung ein nachhaltiges und sozial gerechtes Wirtschaftsmodell entgegensetzte.

Herfried Münkler von der Berliner Humboldt-Universität gab vor kurzem zu bedenken, dass Europa sich werde entscheiden müssen zwischen einer politischen Marginalisierung im Schatten der USA – und damit dem Verzicht auf einen eigenen weltpolitischen Gestaltungswillen – oder der Emanzipation von der Weltmacht. Dann müssten die Europäer allerdings bereit sein, auf allen Feldern mit den USA zu konkurrieren und Europas wirtschaftliche Stärke und zivilisatorische Ausstrahlungskraft, die auch friedliche Konfliktlösungsstrategien umfasst, in politischen Einfluss umzumünzen. Das wäre nicht antiamerikanisch, sondern könnte den USA sogar nützen, wenn zutrifft, was Joseph Stiglitz feststellte:

»Wir haben uns so sehr auf unsere ökonomischen Mythen konzentriert und sind so sehr darauf bedacht, die Globalisierung zu unserem kurzfristigen Vorteil zu gestalten, dass wir nicht merken, was wir uns selbst und der Welt damit angetan haben.«

Norman Birnbaum: Dass der Neoliberalismus gemeinsames Dogma auch bei der Mehrheit der Demokratischen Partei ist, stimmt. Bill Clinton hat das sicher noch vorangetrieben. Übrigens, Joseph Stieglitz war nicht nur Chefökonom der Weltbank, er war auch Vorsitzender des *Council of Economic Advisors*, dem Wirtschaftlichen Beirat des Weißen Hauses, wo er irrigerweise meinte, seine Funktion sei es, dort ehrliche Kritik zu üben.

Der beschriebene Neoliberalismus ist aber sicher international und nicht exklusiv amerikanisch. Die internationale Zustimmung zu diesem Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist sehr essentiell für unsere politischen Eliten, die ihre eigenen Interessen in diesem Modell anerkannt und verwirklicht sehen. Dieser Neokonservatismus säkularer Prägung behauptet mit großer Naivität die Überlegenheit unseres Gesellschaftsmodells. Die zugehörige Weltpolitik ist zum nicht geringen Teil eine Ablenkung von den innenpolitischen und wirtschaftlichen Spannungen. Zum anderen Teil geht es um den Zugang zu den Rohstoffen, vor allem dem Öl, und darum, US-amerikanisches Kapital, Dienstleistungen und Technologien exportieren zu können.

Natürlich importieren wir auch: Wenn es z.B. im Ausland begabte Wissenschaftler gibt, die man anwerben kann, sind verstärkte Investitionen für Schulen in den USA nicht erforderlich, schlussfolgern manche Politiker. Ein Teil unserer wissenschaftlichen und technologischen ›Überlegenheit‹ beruht darauf, dass wir die Ausbildung anderen Ländern überlassen und dann Elitenauslese mit dem Portemonnaie betreiben. Die Folge davon ist, dass dann in den Herkunftsländern gut ausgebildete Leute fehlen.

Alles in allem sind die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Weltreiches gesichert, trotz der geschilderten Krisen der 1970er Jahre. Ich sehe eine andere Gefahr für unsere Demokratie: Wir haben in *John Ashcroft* einen Justizminister, der sich schon als Senator von Missouri ziemlich rassistisch geäußert hat. Seine Handhabung des *Patriot Act*, des nach dem Anschlag vom 11. September 2001 verabschiedeten Anti-Terror-Gesetzes, bedroht unter dem Vorwand der ›Verteidigung der nationalen Sicherheit‹ unsere verfassungsmäßig garantierten Rechte. Die Legitimität der Regierung Bush selbst, die durch eine ›gestohlene Wahl‹ zustande kam, ist zu Recht bezweifelt worden. Und das Projekt einer ›permanenten Mobilmachung‹ gegen Schurkenstaaten und den Terrorismus lässt nur das Schlimmste befürchten. Demgegenüber gibt es Hoffnung, weil sich viele Bürger den demokratischen Traditionen der USA verbunden fühlen. Gerade Leute, denen es wirtschaftlich besser geht, wollen nicht in einer Klassengesellschaft leben, die von roher Machtausübung und vulgären Gegensätzen zwischen Reich und Arm geprägt ist. Unser Optimismus beruht darauf, dass diese demokratische Tradition – nach ihrer Erholung von den jüngsten Anfechtungen – als elementarer Bestandteil unseres nationalen Bewusstseins lebendig bleibt und wieder mobilisiert werden kann.

György Széll: Was besonders aufforchen lässt, ist eine Spezialität des heutigen *American way of life*, worauf Frau Young hinwies: 2% aller US-Amerikaner leben inhaftiert in Gefängnissen. Das ist der größte Anteil an Gefangenen in allen zivilisierten Nationen. Das schafft natürlich auch Arbeitsplätze: Die Hälfte aller Rechtsanwälte der Welt sind in den USA beschäftigt. – Wie kommt es zu diesen Verhältnissen? Auch frappiert uns die Nachricht, dass etwa 10% aller US-Amerikaner Konsumenten harter Drogen sind. Die USA, die stärkste Militärmacht der Welt, ist nicht in der Lage, die organisierte Kriminalität im eigenen Land zu bekämpfen. – Wie passt das zusammen? Und wie müssen wir das Stichwort von der *Pax Americana* heute verstehen? Seit 1989 gab es mehr heiße Konflikte und Kriege als in den vierzig Jahren davor.

Publikum: Herr Birnbaum, betrachtet man die amerikanische Außenpolitik seit dem Ende des Kalten Krieges, so fällt eine Hinwendung zum geo-strategischen Denken und Denken in Machtkategorien auf. Ist es nicht so, dass die USA ausschließlich von ihrem Status als Supermacht her agieren und die Welt allein nach ihren Vorstellungen gestalten wollen, um dem ökonomischen Konkurrenten Europa die Unanfechtbarkeit ihrer militärischen Machtstellung zu demonstrieren? Dieses Motiv würde über die Eroberung von Erdölquellen weit hinausgehen.



Publikum: Die USA sind egozentrisch und kennen keine Grenzen. Wer mit ihnen konkurriert, wird als Feind betrachtet. Obwohl die UNO gegen einen Krieg votiert hat, haben die USA diesen Krieg geführt. – Scheinbar ist es so, dass Amerikaner Kriege führen und den Europäer den Aufbau der Länder überlassen. Warum maßen sich die USA diese Macht an? Warum beteiligen sie sich nicht am Internationalen Strafgerichtshof?

Norman Birnbaum: Gegen die Mitwirkung am Internationalen Strafgerichtshof steht die Befürchtung, dass er benutzt würde, um amerikanische Soldaten als Kriegsverbrecher abzuurteilen. Der Gedanke, dass fremde Gerichte über Amerikaner urteilen könnten, ist für viele US-Amerikaner mit ihrem Nationalgefühl nicht vereinbar. Die Ablehnung des Internationalen Gerichtshofes beruht auf einem gewachsenen nationalen Selbstbewusstsein, das bis hin zu Chauvinismus und einem nicht geringen Anteil an Xenophobie reichen kann. Ich sehe im Übrigen keinen grundsätzlichen Gegensatz zwischen der ›neuen‹ Geopolitik und den ›alten‹ wirtschaftlichen Interessen, selbst wenn hier auf verschiedenen Ebenen agiert

wird. Ich würde sagen: die Geopolitiker – darunter *Paul Wolfowitz*, der zweite Mann im Verteidigungsministerium und frühere Dekan der *Johns Hopkins School of Advanced International Studies* in Washington, aber auch Brzezinski und selbst linke Stimmen wie *Wallerstein* und *Anderson* – versuchen, wirtschaftliche Interessen in größere geopolitische Konzepte zu integrieren. Sicher ist der Irak-Krieg nicht einmal vorrangig mit dem Interesse am Zugang zu Iraks Ölquellen zu erklären. Er ist vielmehr ein weltpolitisches Lehrstück für andere Staaten, auch für Europa und Russland, ist eine Einschüchterung an die Nachbarstaaten des Irak und dient auch innenpolitischen Motiven, wenn es gelingt, so der Demokratischen Partei einen Teil der jüdischen Wählerschaft zu entfremden. Diese geopolitische Ebene steht nicht im Widerspruch zu wirtschaftlichem Denken. Sie ist nur ein etwas komplexerer Weg, die Globalisierung in der gewünschten Weise voranzubringen.

Ich bin übrigens nicht sicher, ob die Annahme stimmt, die USA seien als Supermacht ›unanfechtbar‹. Man weiß heute nicht, was im Irak geschehen wird. Schon 1918 sagte ein dortiger britischer Militärbefehlshaber: »Wir kommen als Befreier!« Doch 1920/21 gab es einen großen Aufstand. Man kann davon ausgehen, dass auch jetzt Waffen versteckt wurden und wieder auftauchen werden. Die Macht des Militärs gerät bei ständigen Aufständen und im Kampf gegen Partisanen an ihre Grenzen, und dann wird es schwer werden, die amerikanische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass man eine langfristige Besetzung durchstehen müsse.

Brigitte Young: Die USA erlauben tatsächlich keine Rivalität neben sich. Gefährlich ist, dass sie eine ausschließliche weltpolitische Definitionsmacht beanspruchen. Und dies gilt auch, wenn Terrorismus als militärische Gefahr definiert wird, der dementsprechend nur mit militärischen Mitteln zu begegnen sei. Was die wirtschaftlichen Interessen angeht, so wäre die Behauptung, es ginge im Irak-Krieg nur um Öl, sicher nicht zutreffend. Dennoch sind die USA heute so abhängig vom Mittleren Osten und dessen Öl wie in der Krise von 1973. Die USA sind, mehr als andere Länder, abhängig von verfügbarem Öl, und somit besteht eine große Verwundbarkeit.

Publikum: Sie beide haben darauf hingewiesen, dass Europa über bedeutende weltpolitische Potentiale verfügt. Sie haben sie ›weiche Faktoren‹ genannt, im Unterschied zu militärischer Stärke. Leider ist man sich in Europa und vor allem in Deutschland des Vorhandenseins dieser Potentiale nicht bewusst, obwohl doch die Erfahrungen aus dem Wirken für friedenserhaltende Beziehungen in Europa während der letzten fünfzig Jahre deren Vorteile und eine daraus erwachsene moralische Stärke deutlich machen müssten. Hierzulande aber herrscht die weit verbreitete Meinung, dass wir ohne die USA nichts sind und uns unterordnen und deren Hegemonialpolitik folgen müssen.

Das beruht entweder auf Angst oder auf dem Interesse, von der Hegemonialpolitik zu profitieren, oder aber auf falscher Analyse und fehlendem Selbstbewusstsein, ist aber unbegründet, seitdem der Kalte Krieg vorbei ist.

Europa hat sich ohne Grund für den Krieg gegen Jugoslawien instrumentalisieren lassen. Bundeskanzler *Schröder* hat nach dem 11. September unnötigerweise die »uneingeschränkte Solidarität« Deutschlands mit den USA erklärt, bis er bezüglich des Irak-Kriegs endlich sagte: »bis hierhin und nicht weiter.« Derzeit gibt es nun wieder eine Politik der »Schadensbegrenzung« und der »Reparatur« der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Das Bemühen, das Völkerrecht in den Vordergrund zu stellen und weltweit dafür zu demonstrieren, wird schon wieder gebremst. Man sollte in Deutschland endlich begreifen, über welche moralischen Potentiale Deutschland und Europa für Kooperation mit anderen Ländern verfügen könnten, und auf dieser Grundlage muss Politik gemacht werden.

Norman Birnbaum: Das würde ich begrüßen, aber es ist nicht unsere Aufgabe, Vorschläge zu machen. Betrachtet man den Ursprung des amerikanischen Sozialstaates, so sieht man, dass er auch aus Europa beeinflusst wurde. Der britische Premierminister *Lloyd George* gab Roosevelt viele Denkanstöße. Der damalige Kardinal von Chicago war sein wichtigster politischer Verbündeter innerhalb der römisch-katholischen Kirche in Amerika. Man könnte sagen, dass auch nach 1945 im Wiederaufbau Europas vieles vom *New Deal* beeinflusst wurde. Also gibt es diese transatlantische Wechselwirkung. Eine gemeinsame Anstrengung für Sozialstaatlichkeit, wirtschaftliche Entwicklung und vernünftige Politik könnte wieder Stoff für echte transatlantische Kooperation sein. Leider wird das mit *dieser* amerikanischen Regierung nicht funktionieren.

Publikum: Wie würden Sie die Funktionsweise des amerikanischen Patriotismus beschreiben?

Brigitte Young: Als Österreicherin in den USA erlebte ich zum ersten Mal diese spezielle Verbindung zwischen den Menschen und ihrem Land. Der Mythos vom persönlichen Erfolg als Garanten eines gesellschaftlichen Aufstiegs, die Hoffnung darauf und der Stolz der Einwanderer auf das Erreichte scheinen diese Art der Verbindung zum eigenen Land herzustellen. In Europa ist die Gesellschaft dafür nicht offen genug. Das ist sie zwar in den USA auch nicht mehr, aber der Mythos ist ungebrochen. Die amerikanische Flagge zierte jedes Haus, selbst in einem schwarzen Armenviertel. Alle stehen zu ihrem Land. Bei uns ist Patriotismus negativ besetzt, wird wissenschaftlich kaum untersucht, aber er ist ein wichtiges Thema. Der Patriotismus gibt den USA eine unheimliche Stärke. Ich fürchte, wenn wir in Europa die sozialen Probleme der USA hätten, gäbe es bei uns einen starken Rechtsradikalismus. Das ist in den USA nicht zu befürchten.

Norman Birnbaum: Die Frage nach dem Wesen unseres Patriotismus beschäftigt uns in den USA nicht weniger. Für viele Intellektuelle ist Patriotismus nur eine Art vulgärer Chauvinismus. Nach dem 11. September wurde aber debattiert, ob man seine persönliche Glaubwürdigkeit und kritische Wirkung verliert, wenn man die *Stars and Stripes*-Flagge aufzieht.

In Geschichte und Literatur in den USA ist der Gegensatz vom jungen freien Amerika gegenüber dem alten, fast senilen Europa ein häufiges Motiv, fast ein roter Faden. Das nationale Selbstbewusstsein wird, vielleicht weil die meisten Immigranten sind, gestützt vom Gedanken, dass man es in Amerika besser hat als anderswo. Aber dieser Patriotismus machte sich auch immer wieder in einem sozial fortschrittlichen Sinne geltend, z.B. im Zusammenhang mit großen Streiks gegen die Autoindustrie in Detroit, in denen für das Recht auf Organisation und Gewerkschaften gekämpft wurde. Die Industrie verlangte den Schutz der Bundespolizei, aber die Regierung Roosevelt unterstützte das Anliegen der ethnisch gemischten Streikenden, die daraufhin mit amerikanischen Flaggen jubelnd aus den Fabriken strömten.

Es gibt keinen Grund, Nixon, Reagan und Bush als große Patrioten zu betrachten und nicht etwa Lincoln und Roosevelt. Ich habe gute Kontakte zu schwarzen Parlamentsabgeordneten, und ich bin oft beeindruckt, wie diese klugen Leute ihre oft unerfreulichen Erfahrungen mit einer Art patriotischer Hoffnung und einem Sinn von Verwurzelung in der Gesellschaft verbinden können. Dieses Element fehlt vielleicht im Moment in der US-amerikanischen Politik. Es wieder hineinzubringen hieße, die patriotischen Symbole nicht mehr den Rechten zu überlassen.

Brigitte Young: Ich befürchte, dass die öffentliche Meinung Europas davon beeinflusst wird, dass der militärische Erfolg der Alliierten im Nachhinein zur Rechtfertigung des Irak-Kriegs benutzt werden wird.

Wir Europäer haben auch eine blutige Vergangenheit, wir haben die Erfahrungen mit dem Militarismus. Wir können aus unserer eigenen Erfahrung sprechen und erklären, dass Europa auch bedeutet, keinen Krieg erleben zu müssen.

Das ist eine Errungenschaft, die auch für die folgenden Generationen bewahrt werden sollte. Vielleicht sollten wir das künftig verstärkt den Amerikanern – nicht anti-amerikanisch, sondern ganz freundschaftlich – als konkurrierendes Modell vorstellen.